

Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung

Das größte Infrastrukturprojekt Nordeuropas – von Transparenz über Vertrauen zur Beteiligung
Verfasser: Dr. Christoph Jessen, Sprecher des Dialogforums Feste Fehmarnbeltquerung

Das Problem

Der mit 18 km längste kombinierte Schienen-Straßentunnel der Welt unter dem Fehmarnbelt zwischen Deutschland und Dänemark, gehört mit seiner Anbindung durch Autobahn und Hochgeschwindigkeits-Bahntrasse von Lübeck über Fehmarn bis Kopenhagen zu den größten Infrastrukturprojekten Nordeuropas. Die Zeiten, wo derart große Infrastrukturprojekte mit Wohlwollen oder auch nur Akzeptanz der Anlieger rechnen konnten, sind allerdings spätestens seit Stuttgart 21 vorbei. Im Gegenteil, angesichts der Dauer von Großprojekten in Deutschland, bei der Feste Fehmarnbeltquerung wird inzwischen vom Abschluss des Staatsvertrages bis zur möglichen Fertigstellung im Jahre 2028 mit etwa 20 Jahren gerechnet, droht eine dauerhafte Entfremdung zwischen Bevölkerung und Politik, ein in unserer Demokratie nicht hinnehmbarer Zustand.

Das Problem fehlender Akzeptanz wird nicht dadurch gemindert, dass der Bundestag selber das Projekt beschlossen hat, der deutsch-dänische Staatsvertrag wurde 2008 unterzeichnet und 2009 vom Bundestag ratifiziert. Auch unser Planungsrecht mit seinen Auslegungs- und Erörterungsphasen sowie Klagemöglichkeiten trägt nicht zur Akzeptanz bei. Manchmal könnte man sich sogar fragen, ob die Komplexität des Verfahrens mit seinen vielfältigen Einspruchs- und Verzögerungsmöglichkeiten die Streitbereitschaft nicht eher perpetuiert und erhöht als vermindert.

Die Lösung

Die Landesregierung hat diese Problematik frühzeitig erkannt. Mit dem Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung initiierte sie bereits 2011 eine neue Form der Bürgerbeteiligung. Diese geht über die im bestehenden Planungsrecht gegebenen Beteiligungsmöglichkeiten hinaus. Im Dialogforum kommen rund 30 Vertreter aller betroffenen Interessen an einem runden Tisch zusammen. Da sind Gegner wie Befürworter und Skeptiker, Betroffene wie Macher, kurz das gesamte Know-how von Problemen und Lösungsmöglichkeiten.

Das Forum ist unabhängig und verfügt über ein eigenes Budget. Es entscheidet selbst, welche Themen es behandelt.

Der Weg

In diesem hochkomplexen Projekt mit mehreren Vorhabenträgern und unterschiedlichen nationalen Verfahren ist es dem Forum gelungen, Transparenz durch streitigen Dialog zu schaffen. Die Teilnehmer des Forums, wie auch Bürger und Bürgerinitiativen können Fragen stellen. Die Vorhabenträger geben Antwort. Alle Unterlagen und Dokumente sind auf der Website des Dialogforums für jedermann abrufbar. So wurde die Grundlage für Vertrauen gelegt.

Auch die Arbeit des Dialogforums ist transparent: Die Sitzungen sind öffentlich, werden live stream übertragen und sind nachträglich per „Video on demand“ abrufbar. Das Forum kann Experten hinzuziehen und so den Wissensvorsprung der Vorhabenträger ausgleichen.

Dem Forum ist es gelungen, alle betroffenen Bürger über die im Forum vertretene Initiativen einzubeziehen und nicht nur diejenigen, die sich ohnehin regelmäßig am politischen Diskurs beteiligen. Darüber hinaus endet jede Sitzung des Dialogforums mit einer Bürgerdiskussion, in der

sich Zuschauer zu Wort melden können. Dabei war und ist Verständnis für Emotionen und eine darauf abgestimmte intensive Kommunikation erforderlich.

Das Forum besteht seit über 6 Jahren. Für die Zusammenarbeit wurden 14 Grundsätze in der ersten Sitzung des Forums verabschiedet, die noch heute gelten. Dazu gehören u.a. der Respekt vor der Position des anderen und ein fairer und offener Umgang miteinander. Oft gehen Dialogforen auseinander, sobald die Gegner merken, dass sie das Vorhaben nicht verhindern können. Das Dialogforum hingegen hat sich ständig weiterentwickelt und wurde so zur zentralen Diskussionsplattform. Diese Plattform wissen auch die Gegner zur Verbreitung ihrer Ansichten zu schätzen. Deshalb arbeiten sie weiter mit, auch jetzt, wo es um die konkrete Gestaltung der Projekte geht.

Im Dialogprozess ging es nie darum, die jeweils andere Seite zu beruhigen oder gar zu überzeugen. Das wäre vermessen. Vielmehr wurde den Betroffenen ermöglicht, sich eine eigene Meinung über das Projekt zu bilden und zu äußern: über Sinnhaftigkeit und Auswirkungen wie auch über Probleme und Lösungsmöglichkeiten, - und das in ständigem Dialog mit den Verantwortlichen, Planern und Machern. So ist dann über die Zeit Vertrauen gewachsen in die Ernsthaftigkeit aller Beteiligten. Dieses Vertrauen ist wiederum Voraussetzung für die Beteiligung an der konkreten Problemlösung. Selbst die Gegner des Projektes, die sich ja die Verhinderung auf die Fahnen geschrieben haben, arbeiten jetzt mit, um für den Fall der Fälle doch noch die bestmögliche Lösung zu finden.

Vertrauen ist Grundlage für diese Zusammenarbeit. Anfängliches Misstrauen musste über Transparenz abgebaut werden. Das dauert. Vertrauen ist schwer aufgebaut, aber leicht verspielt. Einmal erreichtes Vertrauen ist deshalb zu erhalten. Das ist bei langer Verfahrensdauer nicht einfach. Die Aufmerksamkeit der Betroffenen kommt eher in Wellen, immer dann, wenn ein neuer Verfahrensschritt ansteht wie z.B. Entscheidung über das Projekt, Auslegung der Planung, Erörterung, Baubeginn, Behinderungen während der Bauphase. Sitzungsfrequenz und -dauer kann und sollte nach Möglichkeit angepasst und je nach Bedarf zur Entlastung der Beteiligten auch verringert, aber nie abgebrochen werden. Kontinuierliche Zusammenarbeit bleibt zur Erhaltung des Vertrauens erforderlich.

Die Entwicklung

Inzwischen geht das Dialogforum über den reinen Dialog hinaus und beteiligt sich an der konkreten Planung. In regionalen Runden Tischen werden Brennpunkte und Forderungen definiert sowie Lösungsvorschläge entwickelt. Diese werden in einem eigenen Projektbeirat gebündelt und dann dem Dialogforum vorgelegt, das sie, wenn nicht anders möglich, über die Politik in den Planungsprozess einbringt. Dabei wurden wichtige Erfolge erzielt: 2015 hat der schleswig-holsteinische Landtag die Landesregierung zur Beachtung der Ergebnisse des Dialogforums aufgefordert und 2016 hat der Bundestag in seinem einstimmigen Beschluss zur Menschen- und umweltgerechten Realisierung europäischer Schienennetze Dialogforen die Möglichkeit eröffnet in begründeten Einzelfällen auch über das gesetzliche Maß hinausgehende Schutzmaßnahmen einzubringen. Daran arbeitet das Forum zusammen mit der Deutschen Bahn und der Landesregierung. Dabei kommt ihm eine Art Vorreiterrolle zu.

Fazit

Bei großen langwierigen Infrastrukturprojekten sollte einer anhaltenden Entfremdung zwischen Politik und Betroffenen begegnet werden. Das bestehende Planungsrecht reicht erfahrungsgemäß dazu nicht aus. Sinnvoll ist deshalb eine enge Beteiligung der betroffenen Bürger in einem Dialogverfahren. Es gilt, in Streitigem Dialog Transparenz herzustellen und so Vertrauen aufzubauen und dann auch zu erhalten. Gegenseitiges Vertrauen ist Voraussetzung für eine Beteiligung der Gegner des Projektes an dessen konkreter Ausgestaltung. So werden Betroffene zu Beteiligten.

Vertrauen ist schwer aufzubauen, kann aber schnell verloren gehen. Deshalb ist ein kontinuierlicher offener Dialog erforderlich.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website www.fehmarnbelt-dialogforum.de